



Für kein Geld der Welt

Familie von Bernstorff ist seit 40 Jahren wichtige Stütze des wendländischen Widerstands

Interview Gartower Schloss: Weiße Mauern, Schmiedeeiserne Tore. Getrimmte Buchsbäume. Hier sollen zwei der schärfsten Gegner der Gorlebener Atomanlagen leben? Schlossküche: Kinderspielzeug auf dem Boden. Ein Laufgitter. Ikea-Katalog auf dem Tisch. Hier sollen Graf und Gräfin von Bernstorff wohnen? Beide Male: Ja! Ersteres seit vierzig Jahren, Letzteres als 13. Generation. Wo während unseres Interview-Termins das tägliche Chaos der Enkelkinder zu erahnen ist, haben noch vor wenigen Jahren Minister und Wirtschaftsbosse versucht, Andreas Graf von Bernstorff den Verkauf seiner Flächen über dem Salzstock Gorleben schmackhaft zu machen. Zig Millionen Mark haben sie ihm damals geboten. 1978 war das. Und 1998. Er hat beide Male abgelehnt und damit einem wirkungsvollen Protest breiter Gesellschaftsgruppen erst einen halbwegs sicheren Boden bereitet. Diesen wendländischen Widerstand jenseits der Schlossmauern hat seine Frau, Anna Gräfin von Bernstorff, nicht unerheblich mitgestaltet. **Torsten Koopmann und Andreas Conradt haben nachgefragt.**

» Es gibt diese geschichtsträchtigen Tage, bei denen man sich noch nach Jahren erinnert, wo und wie man sie erlebt hat: Tschernobyl, Fall der Mauer. Im Wendland zählt auch die Standortbenennung am 22. Februar 1977 dazu. Wie haben Sie davon erfahren?

Graf: Die Nachricht hat sich an diesem Tag natürlich wie ein Lauffeuher herumgesprochen, und mir war sofort klar, dass Bernstorff'sches Gelände dafür gebraucht würde. Ich habe damals sehr emotional reagiert und spontan geäußert: Das kommt ja überhaupt nicht in Frage, so eine riesige Industrieanlage hierher zu bauen! Mit Atomkraft hatte ich mich bis dahin überhaupt nicht beschäftigt. Es gab dann am Abend schon eine Bürgerversammlung im Deutschen Haus hier in Gartow, wo neben mir noch viele andere gegen die Pläne gesprochen haben.

Gräfin: Unser erstes Kind litt an einem Gen-Defekt und war vier Wochen vor der Standortbenennung gestorben. Ich war noch mitten im Prozess, diesen Verlust zu verarbeiten, und dann kam diese Nachricht! Ich habe die Pläne

schmerhaft als persönliche Bedrohung erlebt. Ich wusste weder viel von Atomkraft, noch war ich sehr politisch. Aber schon am Tag der Standortbenennung war mir klar, dass man gegen diese Pläne etwas unternehmen muss, weil sie eine Dimension hatten, die man nicht verantworten kann.

» War die Standortbenennung für Sie beide ein Moment der Politisierung?

Gräfin: Bei mir auf alle Fälle, auch wenn ich mich bei den autofreien Sonntagen schon ein bisschen gegen die Verschwendug unserer Ressourcen engagiert hatte.

» Und Sie sind dann auch gleich 1977 in die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) eingetreten. Ein großer Schritt für die Gräfin von Bernstorff?

Gräfin: Ja, aber da war volle Überzeugung der Antrieb. Und es war notwendig, zum Schutz unserer Natur und der nachfolgenden Generationen für etwas zu kämpfen.

» Warum ist der CDU-Mann Graf Bernstorff nicht auch eingetreten?

Graf: Trotz meiner Parteimitgliedschaft habe ich zusammen mit anderen sehr schnell die Unabhängige Wählergemeinschaft gegründet, weil wir gemerkt haben, dass hier vor Ort weder CDU noch SPD die Pläne ablehnten. Die UWG aber hatte, genau wie die BI, das Ziel, Gorleben zu verhindern. Für mich war andererseits die Gründung der UWG auf Kommunalebene kein Grund, aus der CDU auszutreten. Die Partei hat dann später ihrerseits ein Ausschlussverfahren gegen mich betrieben.

» Man ahnt, dass es damals auch zu heftigen Konflikten unter Freunden und Parteikollegen kam ...

Gräfin: Das ging tatsächlich quer durch die Gemeinde. Ich erinnere mich, dass Leute, mit denen wir vorher in Sachen Tourismusentwicklung zusammengearbeitet hatten, plötzlich ganz starke Befürworter der Atompläne waren und eine weitere Zusammenarbeit rundweg ablehnten. Wir haben viel Gegenwind gespürt, sogar im weiteren Umfeld der adeligen Familien.

Graf: Viele haben unseren Wider-

stand als Affront gegen demokratische Strukturen gesehen. Sie betrachteten unser Verhalten als „nicht staatstragend“ und haben über unsere Teilnahme an Demonstrationen und Baumfällungen quer über die Straße die Nase gerümpft. Das fanden viele unmöglich!

» Ein Jahr vor Albrechts Fingerzeig hätten Sie vermutlich ähnlich argumentiert, doch mit der Standortbenennung wurde alles anders. Woher kam der Sinneswandel im Gartower Schloss?

Graf: Der Grund war zunächst natürlich die eigene Betroffenheit, denn es war ja von Anfang an klar, dass mein Land gebraucht würde. Aber wenn das seit 300 Jahren im Familienbesitz ist, hat man eine große Verantwortung gegenüber den Nachkommen und kann es nicht aufgrund einer aktuellen politischen Stimmung einfach so hergeben. Im Familienstatut von 1694 wird Verantwortung heutigen Handelns für zukünftige Generationen angemahnt, und dieser Tradition fühle ich mich selbstverständlich verbunden. Gerade als Forstbesitzer ist man verpflichtet, den Besitz ungeschmäler an die Nachfahren zu übergeben. Das hat bei mir zu Beginn eine größere Rolle gespielt als die Angst vor Radioaktivität. Die kam erst später.

Gräfin: Mich hat vor allem entsetzt, dass seitens der Politik mit üblen Methoden Druck auf Menschen ausgeübt wurde, ihre Meinung zu Gorleben und ihren Verkaufswillen zu ändern, dass man mit Schmiergeldern gearbeitet und überhöhte Preise angeboten hat...

Graf: ... na, Schmiergelder würde ich nicht sagen. Aber überhöhte Preise für das eigentlich wertlose, verkohlte Land nach dem Waldbrand 1975 wurden schon angeboten. Und es wurde gedroht: Entweder du verkauftst jetzt, oder es kommt die Enteignung zu vielleicht einem Zehntel des Geldes.

» Gab es eine Diskreditierung der Familie Bernstorff?

Graf: Die öffentliche Meinung war

zunächst, dass ich mich mit dem Verkauf zurückhalte, um den Preis in die Höhe zu treiben. Die konnten sich nicht vorstellen, dass ich à la longue standhaft bleibe. Aber dann wurde 1978 der Verein der Waldeigentümer gegründet mit dem Ziel, sich gemeinsam anwaltlich beraten zu lassen und dem Druck zum Verkauf standzuhalten. Das hat leider nicht in jedem Fall geklappt: Einige haben halt doch verkauft. Die haben sicher gedacht: „Wenn der Graf nicht verkauft, hilft's der Sache, wenn ich verkaufe, hilft's dem Geldbeutel.“

Gräfin: (wendet sich an den Graf) Es war schon sehr unangenehm für dich! Ich weiß noch, wie du manchmal am Ende warst nach diesen ganzen Ratssitzungen, wo immer alles überstimmt wurde und keine kritische Frage erlaubt war.

Graf: Am schlimmsten war die Stimmung in der Gorleben Kommission, die Dieter Grill geleitet hatte. Ich war da auch Mitglied und wurde geradezu niedergemacht, wenn ich „ungehörige Fragen“ stellte ...

» Haben Sie beide sich nach der Entscheidung für Gorleben in die Atom-Thematik eingearbeitet?

Beide: Natürlich!

Graf: Ich habe ganz schnell einen Beraterkreis zusammengestellt, der mir geholfen hat, mir eine eigene Meinung zu bilden und mich Diskussionen und der Presse zu stellen. Da waren Umweltexperten dabei, ein Anwalt, Leute aus der Wirtschaft – die ganze Vielfalt von Pro und Contra. Schließlich bilde ich mir ein, dass wir durch unsere Forderung an Ministerpräsident Ernst Albrecht 1979 das Gorleben Hearing mit vielen kritischen Wissenschaftlern auf den Weg gebracht haben. Und das hatte, glaube ich, zusammen mit dem Treck der Bauern vom Wendland nach Hannover und dem Unfall von Harrisburg, einen großen Einfluss, der in Albrechts berühmtem Satz gipfelte, das Nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben sei technisch machbar, aber politisch

nicht durchsetzbar. So involviert, wie ich damals war, war das für mich die heißeste Zeit der Auseinandersetzung. Und die, in der ich das Gefühl hatte, dass man etwas bewirken kann. Dabei war mir immer klar, dass ich von der Materie viel zu wenig verstehe. Ich habe darum auch immer mit beiden Seiten geredet – mit der DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, Anm. d. Red.), mit den ganzen Umweltministern – und ich glaube, dass es richtig war, diese Gespräche nicht blockiert zu haben. Wichtig war mir aber, alle Aussagen zu hinterfragen und nötigenfalls gerichtlich klären zu lassen.

» 1998 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Möglichkeit zur Enteignung in das Atomgesetz eingefügt. Dieser ungeheuerliche Vorgang ist in Wahrheit eine „Lex Bernstorff“. Gab es andererseits in all den Jahren auch Momente der Genugtuung, den Gedanken: „Wir haben es richtig gemacht“?

‘’

Ich bewundere den langfristigen Einsatz vieler Menschen gegen Gorleben. Als Betroffener muss ich mich ja irgendwie verhalten, aber das Durchhaltevermögen vieler Leute hat mindestens so viel Wert, wie das, was ich gemacht habe

Andreas Graf von Bernstorff

Gräfin: Immer wieder! Wir haben's doch eigentlich schon ganz schön weit gebracht. Es hat sich total gelohnt, dass man immer wieder gehobt, gefragt, sich quergestellt hat. Das ist eigentlich auch eine Erfolgsgeschichte. Wenn das nicht so gewesen wäre, dann hätten wir heute schon diese ganzen Anlagen vor der Tür und die ASSE-Probleme vielleicht auch hier.

Graf: Es hat auch Spaß gemacht, denen immer mal wieder ein Bein zu stellen. Zum Beispiel als ich zusammen mit Greenpeace ein weiteres Grundstück mitten im Erkundungsbereich 1 gekauft habe und damit noch weitere Teile des Salzstocks als ohnehin schon für die Erkundung blockiert wurden. Und natürlich ist man ein bisschen stolz, wenn man es erreichen kann, dass die ganzen Minister hierherkommen und sich den kleinen Leuten stellen müssen.

» Greenpeace wurde schon angeprochen, aber es gab auch Kontakt zu weiteren Gruppen des wendländischen Widerstands ...

Graf: Das stimmt. Wir waren ge-

tragen von einem großen Kreis von Menschen, die uns unterstützt und den Widerstand mit uns zusammen gestaltet haben.

Gräfin: Mit denen hat man sich ja auch zusammengetan: mit der so genannten Gartower Runde, mit Greenpeace, den Grünen, mit der Rechtshilfe Gorleben und der Bäuerlichen Notgemeinschaft. Man möchte ja nicht ein Kohlhaas sein, der alleine entscheidet, sondern erreichen, dass Menschen die Beweggründe verstehen und mitziehen.

» Woher kamen diese Kontakte?

Gräfin: Zum einen über die BI, in der ich mitgearbeitet und die ersten größeren Demonstrationen mitorganisiert habe. Und dann ganz eindeutig auch über Rebecca Harms.

Graf: Na, erstmal natürlich über Undine von Blottnitz!

Gräfin: Ja, unbedingt! Die war ja noch vor Rebecca da ...

» ... und eine lautstarke Kämpferin, die auch schon mal vor Wasserwerfern stand.

Gräfin: Oh, wir haben uns schon auch immer wieder beteiligt, uns quer gestellt und Sitzblockaden gemacht. Also, das schon!

» Das wollten wir nicht in Abrede stellen!

Graf: Immerhin hat unser Sohn Adrian seine heutige Frau auf der Schiene kennengelernt.

Gräfin: Die war Dokumentarfilmerin und wollte unbedingt einen Film über den Gorleben-Widerstand und die Familie Bernstorff machen.

» Na, das ist ihr ja gelungen!

Gräfin: Absolut! Sie hat dann internste Informationen bekommen. Das Verlobungsfoto zeigt die beiden dann auch auf der Schiene (lacht). Aber zurück zur Frage: Andreas hat schon vor der Standortbenennung ganz gemischte Grup-

pen in seinen weit verstreut liegenden Häusern wohnen lassen.

Graf: Ich musste die 68er-Jahre ein bisschen nachholen. Die hatte ich verpasst.

Gräfin: Eine der „radikalsten“ Gruppen zu Beginn des Widerstands lebte schon seit Anfang der Siebzigerjahre als so genannte EMI-Gruppe im Elbholz.

Graf: Eins der ersten Mitglieder war eine Cousine, Asta von Oppen. Später kamen Jörg Janning dazu, Wolf Römmig Nikolaus Piontek und als Besucher auch immer wieder Wolfgang Ehmke. Das war natürlich 'ne heiße Zelle ...

Gräfin: Das war ein Spagat, aber wir hatten das Gefühl, dass es der Region gut tut, wenn sie ein bisschen aufgemischt wird und da mal etwas anderes passiert als immer nur 70 Prozent CDU-Zugehörigkeit. Als ich 1975 hierher kam, war das eine unvorstellbar konservative Ecke. Deshalb hat Ministerpräsident Albrecht ja auch gedacht, der Bau des Entsorgungszentrums sei hier ein ganz einfaches Ding: nur ein Grundbesitzer, und der ist CDU. Aber zu der Zeit zog es auch schon Künstler hierher, auch Lebenskünstler, Nischensucher, 68er aus Berlin und Hamburg, die mit ganz anderen Einstellungen kamen und neuen Wind hierher brachten. Das hat der Gegend letztlich gut getan. Und als Gorleben bestimmt wurde, waren die sofort wach und aktiv.

» War der Zuzug ein Grund, warum 1977 ein Widerstand funktioniert hat, der 1972 bei den Plänen für ein AKW in Langendorf noch nicht so recht lief?

Gräfin: Würde ich sagen, ja! Da waren die Rixdorfer, die Künstler-Kommune in Nienwalde, die EMI-Gruppe und viele andere. Das waren ja alles sehr politisch bewusste Leute. Da ist dann auch Gedankengut bei den jungen Leuten angekommen, die hier aufgewachsen sind.

» Trotz allem waren die Gorleben-Gegner noch lange in der Minderheit und mussten rund 15

Jahre gegen die Kommunalparlamente durchhalten ...

Gräfin: Das war harte Arbeit!

Graf: Das war auch wirklich schlimm! Ich bin ja nun kein Linker, aber ich habe meine Meinung vertreten, von der ich überzeugt war und bin, dass sie verantwortungsvoll ist. Dass man dann trotzdem derart angegriffen wird, das war schon hart! Da habe ich einen Teil meiner Gesundheit eingebüßt!

» Hat Gorleben auch positive Aspekte gebracht?

Beide: Auf jeden Fall!

Graf: Man hat so viele Kontakte bekommen zu Menschen, mit denen man sonst wahrscheinlich nie in Berührung gekommen wäre. Das war sehr anregend. Und ich habe gelernt, die Demokratie sehr positiv zu sehen: Ich bin dankbar, dass es hier möglich ist, konträre Meinungen äußern zu können, ohne gleich im Gefängnis zu landen.

Gräfin: Und dafür, dass es mit der Justiz eine dritte Instanz gibt. Das ist ja auch nicht selbstverständlich.

» Hat es durch den Widerstand neue Freunde gegeben?

Graf: Jaaa! Viele! Mit wahnsinnig interessanten Gesprächen. Und einer großen Solidarität, wenn es darum ging, hunderttausende Euro für Prozesskosten aufzutreiben. Andererseits habe ich nie die Erwartung gespürt, diese Kosten bitteschön allein zu tragen, nach dem Motto: Der Graf kann das ja mal bezahlen.

Gräfin: Ein gemeinsames Ziel verbindet eben sehr. Auch ein gemeinsamer, hmm, Feind (lacht) – nein: Gegner.

» Vorhin fiel schon der Name: Was ist die Aufgabe der Gartower Runde?

Gräfin: Für mich ist es sehr wichtig gewesen, dass man sich gut vernetzt mit Gruppen und Personen, die an ähnlichen Zielen arbeiten und dass man sich gemein-



Ich kann mich nicht daran erinnern, dass vor 1977 bei uns über Atomkraft auch nur gesprochen wurde. Danach natürlich umso mehr!

Anna Gräfin von Bernstorff

sam wappnet und fortbildet. Zum Beispiel mit Vertretern der Kirche und der Rechtshilfe, der Notgemeinschaft, der Bürgerinitiative oder Salinas. Ich finde es wichtig, da einen nicht zu großen und nicht zu öffentlichen Gesprächskreis im geschützten Raum zu haben.

Graf: Inzwischen hat sich die Gar-tower Runde zu einer richtigen Expertengruppe entwickelt mit Leu-ten, die sich intensiv mit der Ma-terie beschäftigen. Viel mehr als ich das je konnte. Nur so konn-te man den Befürwortern Gorle-bens und den ganzen Umweltmi-nistern nicht nur polemisch, son-der auch fachlich etwas entge-gensetzen. Und ich denke, das hat auch Eindruck gemacht.

Gräfin: Nur dadurch konnten wir hier im Wendland beides: uns auf der Straße querstellen und auf Augenhöhe mit Ministern disku-tieren.

» Ein Waldbesitzer ist es ge-wohnt, in Zeiträumen von meh-rener Generationen zu denken. Beeinflusst das auch das Denken über den notwendigen Zeitraum der Lagerung von Atommüll?

Graf: Das Nachhaltigkeitsprinzip ist ja dem Wald immanent.

Gräfin: Dieser „Generationen-Vertrag“ ist in meiner christlichen Haltung begründet. Wir sind ver-antwortlich für unsere Kinder und Kindeskinder, für den Erhalt der Schöpfung und der Lebensräume. Bei der Atomenergie ist diese Ver-antwortungsübernahme gar nicht möglich.

Graf: In diesem Zusammenhang: Wenn man gegen Atomenergie und gegen Kohle ist, die beide riesi-ge Umweltgefahren bergen, dann muss man auch zeigen, dass es andere Wege gibt. Niemand sollte von uns erwarten, dass wir auch gegen Windenergie sind. Ich bin sehr enttäuscht über die sehr ne-gative Einstellung von vielen Leu-ten, dass wir ganz nah am Erkun-dungsbergwerk einen Windpark machen wollen. Man hat doch die Verantwortung, andere Wege auf-zuzeigen. Ich stehe dazu, dass das



Projekt auch wirtschaftlich sinn-voll ist, aber das ist doch nichts Negatives. Der Landkreis muss ja auch eine Zukunft bieten ...

Gräfin: ... für junge Leute! Wir kön-nen hier ja nicht nur ein Museum betreiben und alles unter Schutz stellen. Auch der Mensch ist ja ein Teil des Systems und braucht ei-ne Zukunft.

» In der Lokalzeitung konnte man kürzlich lesen, Ihr Sohn Fried plante, mit dem Windpark im Gorle-bener Wald die späte Rendite für den Verzicht seines Vaters auf die Millionen aus dem Verkauf seiner Flächen einzufahren ...

Graf: Ich scheue mich nicht, zu sa-ge, dass das Projekt für uns auch wirtschaftliche Gründe hat, aber vor allem gilt: Es ist einfach der richtige Weg! Nur weil der Land-kreis seinen Strombedarf fast vollständig regenerativ decken kann, darf man jetzt nicht Schluss machen. Wir brauchen Gebiete, die ihr Soll übererfüllen, um die

Versorgung in den Städten sicher-zustellen.

Gräfin: Es ist die Aufgabe unse-rer Generation, die Energiewen-de auf den Weg zu bringen. Wir haben schließlich nur noch die-ses kleine Zeitfenster von zehn, fünfzehn Jahren.

Graf: Ich freue mich immer, wenn ich ein Windrad sehe! Aber ich verstehe auch die Argumente der anderen Seite, die um die ökologi-sche Vielfalt besorgt sind.

» Eine Diskussion, die quer durch den Gorleben-Widerstand geht?

Gräfin: Ja, und im Gespräch mit Windkraft-Gegnern, mit denen man bis gestern noch gemein-sam gegen Gorleben gekämpft hat, merkt man: Diese Leute sind im Widerstand geschult. Diese Taktiken gegen die Atom-Befür-worter, die man 40 Jahre lang ge-übt hat, richten sich plötzlich ge-gen unseren Sohn Fried ...

» Die Erkundung in Gorleben ruht, es soll einen Neustart in der End-lagersuche geben. Kann sich das Wendland beruhigt zurücklehnen?

Anna Gräfin von Bernstorff ist seit Anbeginn Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Andreas Graf von Bernstorff hat mehrfach lukrativ-e Angebote der Atomindustrie abgelehnt

Graf: Wir dürfen uns nicht einlullen lassen und müssen wachsam bleiben. Hier ist das Zwischen-lager, und im Salzstock wurde schon so viel Geld ausgegeben, dass die Gefahr groß ist, dass es doch bei Gorleben bleibt. Ich glaube allerdings, dass erst ein-mal sehr lange gar nichts passie-ren wird. Das ist auch nicht gut.

Gräfin: Die große Gefahr ist die lange Zwischenlagerung. All das Zeug, das wir da um uns herum stehlen haben. Aber die nächs-te politische Klippe ist, dass das Standortsuchgesetz auch wirklich ernsthaft umgesetzt wird. Es wird darauf ankommen, dass Standorte bis zu einem Level untersucht werden, der eine Vergleichbar-keit überhaupt erlaubt, und das Ganze nicht in eine Scheinsuche mündet, damit die finale Entschei-dung justizial ist. Die Gefahr ist, dass nicht wirklich neu nach-gedacht wird und man am Ende doch wieder bei Gorleben landet.